

Nein zur extremen Volksinitiative «Grüne Wirtschaft»

Worum geht es

Die Initiative¹ «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei will in der Verfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft festschreiben. Bis im Jahr 2050 muss die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um mehr als zwei Drittel (–65 Prozent) reduzieren. Bund, Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.

Die Konsequenzen sind weitreichend und erzwingen einen radikalen Strukturwandel. Zur Debatte stehen namentlich: Konsum- oder Produktionsbeschränkungen (planwirtschaftliche Steuerung der Ressourcen) zahlreicher Güter, Umweltabgaben und neue Vorschriften. Im Vordergrund stehen dabei die Lebensbereiche «Ernährung», «Wohnen» und «Mobilität».

Löst Recycling das Problem?

Der Initiativtext verwendet das Konzept des «ökologischen Fussabdrucks», um die Umweltbelastung zu messen. Ein völliger Unsinn, denn das Konzept misst nur biologische Stoffflüsse und fossile Energieverbräuche. Recyceln Schweizer Unternehmen Metall, so wird das von diesem Konzept nicht erfasst.

Bundesrat warnt vor steigenden Preisen

Der Bundesrat warnt in der Botschaft ausdrücklich davor, dass sich die «Konsummöglichkeiten der Haushalte und die Handlungsspielräume der Unternehmen verringern».² Ebenso würden «die Preise für jene Güter und Dienstleistungen, die negative Externalitäten verursachen, stark steigen». Der Bundesrat untermauert damit, dass für die Zielerreichung sowohl angebots- als auch nachfrageseitige Massnahmen³ notwendig sind, die unseren Lebensstandard bedrohen und ganze Unternehmen und Branchen gefährden.

Als Ziel der Initiative gilt der «ökologische Fussabdruck Eins» in der Schweiz. Dies entspricht einer Senkung des aktuellen Ressourcenverbrauchs um mindestens zwei Drittel. Gemäss Bundesrat ist aber bereits eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs um 40 Prozent nur mit äusserst einschneidenden Massnahmen möglich (u.a. in der Energie-, Raumplanungs- oder Waldpolitik). Zudem ist diese statische Betrachtungsweise für die Zielsetzung falsch. Denn dynamische Grössen wie Wirtschaftsentwicklung und der Bevölkerungszuwachs bis 2050 weltweit und in der Schweiz fehlen in der Berechnung. Erschwerend kommt hinzu, dass die «Belastbarkeit der Erde»⁴ weiter sinkt, was dazu führt, dass der Ressourcenverbrauch um weit mehr als 65 Prozent sinken muss. Ausgeblendet wird ausserdem die Tatsache, dass über 60 Prozent der durch den Schweizer Konsum verursachten Umweltbelastung im Ausland anfällt. Das begrenzt die Handlungsmöglichkeiten in der Schweiz zusätzlich. Der Bundesrat beurteilt daher das gesetzte Ziel als «kaum erreichbar» und die Initiative als «nicht umsetzbar».⁵

¹ Initiativtext: <https://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis402t.html>

² Botschaft des Bundesrats: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2014/1817.pdf>, Seite 1840.

³ Die Botschaft deutet diese Konsequenzen an. Deutlicher ist die Studie [RessourcenEFFizienz Schweiz REFF](#), Bundesamt für Umwelt BAFU, 2013, Seite 44 ff.

⁴ Der ökologische Fussabdruck hängt von der Biokapazität der Erde ab. Diese sinkt aufgrund des globalen Bevölkerungs- und Wohlstandszuwachses. Damit sinkt automatisch der zulässige ökologische Fussabdruck pro Kopf in der Schweiz. Botschaft des Bundesrats, S. 1836.